

Autor: **Tatjana Bojic** | Stuttgart

CDU verlangt Aufklärung über Sparpläne bei Verfassungsschutz

Islamistenjagd nur noch beim Bund? Innenminister Reinhold Gall (SPD) denkt darüber nach, den Landesverfassungsschutz zu beschneiden und die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus abzutreten. Das alarmiert die Landtags-CDU. Sie möchte nun vom Innenminister wissen, warum und welche Aufgaben des Verfassungsschutzes er an den Bund abgeben will.

Durch eine parlamentarische Anfrage solle unter anderem geklärt werden, ob Grün-Rot aus finanziellen Gründen bereit sei, die personelle Ausstattung des Landesamtes für Verfassungsschutz zu verringern und dessen Kompetenzen in erheblichem Umfang zu beschneiden. Vor allem aber soll Gall erklären, warum er es unlängst als undenkbar

bezeichnet hatte, sich aus der Terrorismusbekämpfung auszuklinken und nun plötzlich anderer Meinung sei.

Gall überlegt zurzeit, ob die 80 Mitarbeiter im Landesamt, die sich mit dem Thema Islamismus beschäftigen, eingespart oder in anderen Bereichen eingesetzt werden sollen. „Ich kann mir vorstellen, dass es mehr Sinn macht, zum Beispiel die islamistische Terrorbekämpfung zentral bearbeiten zu lassen als von den 16 Bundesländern.“, hatte Gall gesagt. Das Landesamt hat insgesamt 340 Mitarbeiter.

Grünen-Fraktionschefin Edith Sitzmann hatte bereits im Sommer erklärt, aus ihrer Sicht seien bei dem Amt 30 bis 50 Prozent Stelleneinsparungen drin. Die SPD hingegen mahnte, erst nach einer Reform werde sich zeigen, ob die Stel-

lenzahl sinken könne. Die Debatte ist auch vor dem Hintergrund der knappen Kassen im Land zu sehen.

Nach dem Vorstoß von Gall zeigte sich Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) offen für eine Abgabe von Verfassungsschutzaufgaben der Länder an den Bund. „Darüber bin ich jederzeit Gesprächsbereit.“ in der ganzen Breite des Problems. Die Aufgaben könne der Bund unter Umständen effektiver und zielführender erfüllen.

Auch die CDU-Rechtsexperten sind gegen Galls Pläne. Gall habe aus seinen Fehlern bei der Polizeireform nichts gelernt, sagte Alexander Ganter, Vorsitzender des Landesarbeitskreises Christlich Demokratischer Juristen.

Abbildung: Reinhold Gall